

Thomas Voß

Polen: Reformrhetorik gegen Konservatismus und Stagnation

Die aktuelle polnische Reformpolitik wurde nicht von der jüngsten Entwicklung in der Sowjetunion veranlaßt, sondern hat ihre eigene Geschichte. Unter dem Schlagwort eines »polnischen Weges zum Sozialismus« wurde schon Mitte der 50er Jahre von der Parteiführung eine grundlegende Systemreform propagiert. Dies geschah in Reaktion auf eine umfassende gesellschaftliche Oppositionsbewegung, die sich aus tiefster Unzufriedenheit mit dem sozialistischen System stalinistischer Prägung entwickelt hatte. Niedriger Lebensstandard und eklatante Versorgungsmängel, härteste Arbeitsbedingungen und höchste Leistungsanforderungen, allgemeine Rechtsunsicherheit, Inkompetenz und Willkür der parteilich-staatlichen Machtapparate, ein tiefempfundenes Gefühl individueller wie gesellschaftlicher Machtlosigkeit gegenüber all diesen Erscheinungen, das Fehlen jeglicher authentischer Kommunikationsstrukturen und Möglichkeiten der Artikulation eigener Interessen und Ansichten waren Probleme, mit denen sich weite Teile der Bevölkerung nicht abfinden wollten. Hinzu kam, daß den Polen das sozialistische System sowjetischen Typs gegen ihren Mehrheitswillen mit Gewalt aufgezwungen worden war, und zwar durch die russische Großmacht, die sie traditionell als einen der gefährlichsten Feinde der polnischen Nation ansahen. Um das Herrschaftssystem gegenüber der gesellschaftlichen Bewegung aufrechtzuerhalten, bekannten sich die Machthaber verbal zu einer Reformpolitik, die den Bedürfnissen der Gesellschaft weit entgegenkam und grundlegende Freiheitsrechte, politische Mitwirkungsmöglichkeiten, Rechtsstaatlichkeit und materiellen Wohlstand in Aussicht stellte. Die Realisierung blieb jedoch weit hinter den Versprechungen zurück. Im wesentlichen blieb das System unverändert, so daß die Bevölkerung allmählich den Glauben an seine Reformierbarkeit verlor, ohne allerdings eine konkrete Alternative zu sehen, die ihrer allgemeinen Unzufriedenheit eine Perspektive geboten hätte.

Im Normalfall ist im realsozialistischen System die Gesellschaft atomisiert und aller authentischen Strukturen beraubt. Sie ist durchsetzt von hierarchischen Strukturen, die letztendlich von der obersten Spitze der Partei kontrolliert und gesteuert werden und keine andere Funktion haben als die, die Machtpositionen der Nomenklatur zu sichern. Von dieser Norm weicht Polen ab. Hier stellt die katholische Kirche eine gesellschaftliche Institution dar, die selbst unter den Bedingungen offenen Terrors in der Stalinzeit nicht gleichgeschaltet oder vernichtet werden konnte. Als authentische Organisation konnte sie seit Mitte der 50er Jahre ihren gesellschaftlichen Einfluß ständig vergrößern. Sie wurde geradezu zum Rückgrat der Gesellschaft, zum Kristallisationskeim gesellschaftlicher Selbstorganisation und andererseits zur Gegenmacht gegen die parteilich-staatliche Allgewalt der die Macht monopolisierenden Nomenklatura. Sie trug damit wesentlich zu der Entwicklung bei, die die gesellschaftliche Oppositionsbewegung allmählich zu immer stärkerem Selbstbewußtsein und immer deutlicheren Vorstellungen über ihre Ziele führte. Als im August 1980 die polnische Arbeiterklasse quasi als gesellschaftliche

Avantgarde ihren Anspruch auf die Rolle des politischen Subjekts anmeldete, blieb den Machthabern keine andere Möglichkeit, als zunächst substantielle Zugeständnisse zu machen. Das formierte gesellschaftliche Bewußtsein und die schwere ökonomische Krise erlaubten weder eine Politik der brutalen Unterdrückung noch eine der »Ablenkung« über die Befriedigung materieller Bedürfnisse. Offiziell als »Kurs der Erneuerung« bezeichnet, stellte die Politik, die die Parteiführung in der Zeit der Solidarnosc und danach verfolgte, eine äußerst schwierige Gratwanderung dar. Die konservative »Betonfraktion« in der PVAP wollte gänzlich ohne Abstriche an den alten Systemstrukturen und Herrschaftsmethoden festhalten und lieber Gewalt gegen die Gesellschaft einsetzen, als partnerschaftlich mit ihr zusammenzuarbeiten. Ähnliche Bestrebungen verfolgte die Führung der östlichen »Schutzmacht«, der Sowjetunion. Auf der anderen Seite erhob die gesellschaftliche Bewegung, die auch einen Großteil der Parteibasis ergriff, immer massiver radikale Reformforderungen. Der Parteiführung schien die grundsätzliche Aufrechterhaltung des Systems schließlich nur noch auf dem Wege möglich, den sie mit dem Kriegszustand im Dezember 1981 einschlug: Unter gewaltsamer Ausschaltung der gesellschaftlichen Bewegung wurde der »Kurs der Erneuerung« verbal weitergeführt und wurden die Herrschaftsmethoden tatsächlich weitgehend modifiziert. Die tragenden Bestandteile des Systems jedoch blieben unverändert. Wirkliche Reformen, die die Gesellschaft wenigstens partiell hätten zufriedenstellen können, wurden von einflußreichen konservativen Interessengruppen innerhalb der Machtapparate blockiert. Andererseits verhinderte die nicht vollständig zerschlagene gesellschaftliche Bewegung eine gründliche Restauration. Dies führte zu einer allgemeinen Stagnation, die die schwere ökonomische wie politische Krise der Volksrepublik Polen zum Dauerzustand zu machen droht.

Den Ausgangspunkt des umfassenden Reformwerks, das die politische Führung der Volksrepublik Polen unter dem Motto »Odnowa« (Erneuerung) 1980/81 in Angriff nahm, bildete die Erkenntnis, daß die Disfunktionalität des politisch-ökonomischen Systems als Ursache der allgemeinen schweren Krise anzusehen war, die das gesamte Herrschaftsgefüge zutiefst erschütterte. Insbesondere schien sich in der Parteiführung die Ansicht durchgesetzt zu haben, daß die bestehenden Produktionsverhältnisse die Entwicklung der Produktivkräfte hemmten und daß es von daher unerlässlich sei, sie entsprechend zu verändern.¹ Das ließ auf einen entschlossenen Reformwillen schließen, wie er verbal in den verschiedensten Deklarationen seit 1980 auch immer wieder zum Ausdruck gebracht wird. Die herrschende Nomenklatur sah sich zur Reform gezwungen, um die existentielle Gefährdung des politischen Systems und damit ihrer Machtposition zu überwinden. Und Reform konnte, so schien es, in diesem Zusammenhang nur die unwiderrufliche Abkehr vom zentralistischen Modell der Planung und Leitung der Wirtschaft, die grundlegende Umgestaltung des politischen und ökonomischen Systems in Richtung Demokratisierung bedeuten.

Polnische Reformdiskussionen seit 30 Jahren

Die Erkenntnis, daß das zentralistische Wirtschaftssystem gravierende Mängel aufweist bzw. weitgehend funktionsuntüchtig ist, war 1980 in Polen schon 25 Jahre alt. Man hatte das Modell

gezwungenermaßen Ende der 40er Jahre von der Sowjetunion übernommen, und schon bald nach Stalins Tod setzte die Diskussion um seine Schwächen ein. Begünstigt durch die Einsicht der politischen Führung, daß die Form der Herrschaftsausübung grundlegend verändert werden müsse, gefördert durch die Bedingungen des politischen »Tauwetters« und die Notwendigkeit, die Bevölkerung einen höheren Lebensstandard zu bieten, entwickelten Mitte der 50er Jahre polnische Wirtschaftswissenschaftler theoretische Konzepte einer grundlegenden Reform. Diese liefen auf ein dezentralisiertes Modell hinaus, das sich weitgehend auf staatlich regulierte Marktmechanismen stützen, auf eine zentrale Planwirtschaft, die nach ökonomischen Gesetzen funktionieren sollte. Ziel der Überlegungen war die Schaffung eines funktionstüchtigen, ökonomisch effektiven sozialistischen Wirtschaftssystems.¹ Formal erkannten die Machthaber diese Reformvorstellungen damals an und setzten sie in politische Programme um. Tatsächlich unternahmen sie jedoch aus Furcht, damit gesellschaftliche Emanzipationsbestrebungen zu fördern und ihr Machtmonopol zu erschüttern, keinerlei ernsthafte Anstrengungen, entsprechende Reformen zu realisieren. Die absolute Kontrolle über die Gesellschaft, die sie unbedingt aufrechterhalten wollten, schien ihnen am ehesten das zentralistische Modell zu gewährleisten, in dem die Wirtschaft von einer hierarchisch gegliederten Bürokratie nach politischen Kriterien verwaltet und nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam bzw. mit Hilfe detaillierter Plandirektiven und entsprechender Güterzuteilungen geleitet wird, verbunden mit konsequenter politischer Unterdrückung.

So überstanden die politischen und ökonomischen Strukturen und Funktionsmechanismen die erste große Reformdiskussion Mitte der 50er Jahre nahezu unverändert bzw. wurden nach kurzer Lockerung wieder auf den vorherigen Stand gebracht. Das System erwies sich auch weiterhin als funktionsuntüchtig, und gegen Ende der 60er Jahre wurden die ökonomischen Schwierigkeiten immer eklatanter. Der Versuch der politischen Führung, ihnen durch eine rigorose Austeritätspolitik zu begegnen, die Kosten der ökonomischen Fehlentwicklung also der Bevölkerung aufzubürden, ohne ihr zum Ausgleich politische Freiheiten zu bieten, scheiterte im Dezember 1970 an der Rebellion der Arbeiter in den hochindustrialisierten Zentren an der Ostseeküste. Diese Rebellion und stärker noch die Reaktion der Machthaber erschütterte das politische System schwer: Die Parteiführung, die ihre Herrschaft als Diktatur des Proletariats legitimiert, sah sich gezwungen, Gewaltmittel gegen die Arbeiterklasse einzusetzen und deren Proteste gegen eine Wirtschaftspolitik niederzuschlagen. Die Arbeiter hatten in Reaktion darauf Parteikomitees in Brand gesetzt. Um die Stabilität des politischen Systems danach wiederherzustellen, schienen weitreichende Veränderungen unbedingt erforderlich. Eine neue Parteiführung trat unter Gierek an, die, technokratisch-pragmatisch ausgerichtet, zunächst erfolgreich um das Vertrauen der Gesellschaft für einen Neuanfang warb. Wieder war anfangs viel von grundlegenden Reformen die Rede. In gemeinsamer Anstrengung Aller sollte ein »zweites Polen« errichtet werden, das in der Weltwirtschaft eine bedeutende Position einnehmen und das seiner Bevölkerung Wohlstand nach dem Muster westlicher Länder bieten sollte: Jedem Polen seine Neubauwohnung mit Komfort, sein Auto usw. In Wirklichkeit lief die neue Wirtschaftspolitik der »beschleunigten Entwicklung« auf den Versuch hinaus, die Effizienz der Wirtschaft gewaltig zu steigern und die Produktion qualitativ wie quantitativ auf ein Niveau zu bringen, das dem der hochindustrialisierten kapitalistischen

Staaten entsprach, ohne jedoch grundlegende Veränderungen an den Strukturen und Funktionsmechanismen des zentralistischen Wirtschaftssystems vorzunehmen. Durch eher kosmetische Liberalisierung sollte zudem eine grundsätzliche Reform des politischen Systems in Richtung Demokratisierung umgangen werden. Die Wirtschaft sollte durch westliche Technologie und westliche Kredite umfassend modernisiert werden, der Export der dann produzierten weltmarktfähigen Güter sollte die Rückzahlung der Schulden ermöglichen. Importierte und kreditfinanzierte Konsumgüter sollten die Nachfrage befriedigen und darüber die Werktätigen zu höherer Leistung motivieren. Nach anfänglich erfolgverheißenden Wachstumsraten war aber seit Mitte der 70er Jahre absehbar, daß diese Wirtschaftspolitik scheitern und die wirtschaftlichen Probleme des Landes noch wesentlich vergrößern mußte. Wachstum wurde lediglich durch immer stärkeren Einsatz extensiver Faktoren erzielt, die Ressourcen in immer größerem Ausmaß vergeudet. Die Produktivität konnte nicht genügend gesteigert werden, und ein Phänomen, das kritische Ökonomen schon lange vorhergesagt hatten, trat immer deutlicher hervor: Die für Planung und Verwaltung der Wirtschaft zuständigen Zentralbehörden verloren zusehens die Kontrolle über die Wirtschaftsprozesse, das zentralisierte System verfiel der Desorganisation.³ In der zweiten Hälfte der 70er Jahre gingen die Wachstumsraten immer stärker zurück, und 1980 befand sich Polen in einer Wirtschaftskatastrophe unvergleichlichen Ausmaßes. Das wurde der Bevölkerung allerdings erst später allmählich bewußt, weil man das Desaster jahrelang vor ihr geheimgehalten und sie mit einer lautstarken »Erfolgspropaganda« getäuscht hatte.

Tabelle 1: Zur Entwicklung der Produktivkräfte bis zur jüngsten Krise 1968-1978

Produziertes Nationaleinkommen in Wachstumsraten / %:										
1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
9,0	2,9	5,2	8,1	10,6	10,8	10,5	9,0	6,8	5,0	3,0
im Vergleich zu 1978 = 100:										
50,2	51,6	54,3	58,7	64,9	71,9	79,5	86,6	92,5	97,1	100

(nach: Jiri Slama, Polens Wirtschaft 1983 auf dem Weg aus der Krise? – Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München Nr. 97 Januar 1984; Jakob Juchler, Die sozialistische Gesellschaftsformation. Allgemeine Theorie und Fallstudie (Polen 1945-1984) Frankfurt/M. 1986; zur Begriffsklärung s. Renate Damas, Die polnische Wirtschafts- und Gesellschaftskrise, in: Prokla 48/1982, S. 63 Anm. 2)

In Intellektuellenkreisen hatte man hingegen die Probleme frühzeitig erkannt und seit Mitte der 70er Jahre durch eingehende Analysen herausgearbeitet, daß die entscheidenden Ursachen für die Fehlentwicklung im zentralistischen Modell lagen, im System der Direktiven und Zuteilungen (system nakazowo-rozdzielczy), das immer noch, unverändert in seinen Grundzügen, zur Planung und Lenkung der Wirtschaftsprozesse diente. Man erkannte, daß die Giereksche Politik die schweren Mängel und prinzipiellen Schwächen des zentralistischen Modells noch verstärkt hatte und primär an ihnen gescheitert war. Die Grundzüge des zentralistischen Systems standen seinem effektiven ökonomischen Funktionieren entgegen: die Konzentration aller Entscheidungsprozesse auf die Zentralinstanzen, die vertikale Gliederung des Wirtschaftsverwaltungsapparates und die imperative Form der Entscheidungsübermittlung, ver-

bunden mit Kontrolle und Sanktionen. Die Ebene der Produktion ist dabei jeden Handlungsspielraums beraubt, zum bloßen Ausführungsorgan von Verwaltungsanordnungen, zum Empfänger zugeteilter Materialien, Rohstoffe und Investitionen degradiert. Das Interesse der Unternehmen am ökonomischen Ergebnis, an Produktverbesserungen, Rationalisierung der Produktion, sparsamen Einsatz oder auch nur Erhaltung der Produktionsmittel ist denkbar gering. Es überwiegt das Interesse daran, möglichst viele Zuteilungen zu bekommen und die Planaufgaben möglichst niedrig zu halten, um die Erfüllung der Direktiven zu erleichtern. Also nicht Steigerung der Kapital- und Arbeitsproduktivität, sondern im Gegenteil die Erhöhung des Mitteleinsatzes kommt den Unternehmern zugute. Am meisten zum Vorteil gereicht es den Direktoren und allen Beschäftigten, wenn sie die Verwaltungsanordnungen von oben möglichst genau befolgen, ob sie ökonomisch sinnvoll sind oder nicht. Ebenso wenig wie die ökonomischen Interessen der Produzenten kommen die der Konsumenten in diesem Wirtschaftsmodell zum Tragen. Dagegen bilden sich tendenziell in den wuchernden Bürokratien der staatlichen Planungs- und Verwaltungsapparate und der parallelen Parteiapparate Interessengruppen heraus, sog. Branchenlobbies oder auch regionale pressure-groups, die ihre Gruppenegoismen je nach ihrer politischen Durchschlagskraft gegenüber gesamtvolkswirtschaftlichen Interessen zur Geltung bringen. Denn das System unterliegt keiner gesellschaftlichen Kontrolle, es mangelt ihm an Transparenz. Die Parteiführung setzt ihr Machtmonopol im wirtschaftlichen Bereich vor allem auch über ihre Kaderpolitik um: Im Rahmen des »Nomenklatur-Systems« ist letztlich ihr die Besetzung aller leitenden Positionen vorbehalten. Die jeweiligen Amtsinhaber sind also primär Befehlsempfänger der Parteihierarchie und auf das Wohlwollen der Parteivorgesetzten angewiesen. Sie werden erst in zweiter Linie nach ihrem Sachverstand und ihrer beruflichen Tüchtigkeit beurteilt. Insgesamt sind die Wirtschaftsbeziehungen gar nicht bzw. nur höchst ungenügend gesetzlich geregelt; es mangelt ihnen an klaren Kompetenzabgrenzungen und der Festlegung der Verantwortlichkeiten.

Solcher Art war die empirisch belegte Kritik am herrschenden System, die Ende der 70er Jahre in Untergrundpublikationen verbreitet wurde.⁴ Sie wurde ergänzt durch weitreichende politische und wirtschaftliche Reformvorschläge. Ihre allgemeine Zielrichtung ließe sich etwa auf die Formel bringen; gründliche Demokratisierung in jeder Hinsicht. Transparenz aller Entscheidungsprozesse, entscheidende Mitwirkung der Gesellschaft an der Herrschaftsausübung, Freiheit gesellschaftlicher Selbstorganisation und strikte Rechtsstaatlichkeit sind wichtige Punkte dieses komplexen Programms. In bezug auf die Umgestaltung des Wirtschaftssystems wurden vor allem folgende Zielpunkte genannt: Die zentralen Behörden der Wirtschaftsplanung und -verwaltung sollten auf ausschließlich strategische Aufgaben beschränkt, administrative Direktiven durch ökonomische Parameter ersetzt werden. Die Unternehmen sollten die grundlegenden Wirtschaftssubjekte werden, die Funktionsmechanismen der Wirtschaft allein auf ökonomische Prinzipien gestützt und die Unternehmen durch den Markt zu effektivem Wirtschaften nach ökonomischen Gesetzen gezwungen werden. Die Gewerkschaften sollten zu authentischen Repräsentativorganen der Werktätigen gemacht werden; es sollte möglichst eine direkte Miteigentümerschaft der Belegschaften an den Produktionsmitteln konstruiert und die Funktionsweise der Wirtschaft in jeder Hinsicht eindeutig und stabil festgelegt werden. Als Haupthindernis entsprechender Veränderungen galten dabei die büro-

kratischen Apparate der zentralen und mittleren Ebene der Wirtschaftsverwaltungshierarchie, und daher wurde verlangt, einer der ersten Reformschritte müßte darin bestehen, deren Tätigkeitsbereiche und Befugnisse radikal zu beschneiden.⁵ Solche Vorstellungen wurden durchaus auch in Parteikreisen ventiliert. Allgemein aber war Skepsis hinsichtlich der Realisierbarkeit von Reformen weit verbreitet; nicht auf die Reformierbarkeit des Systems aus sich selbst heraus setzte man dabei, sondern auf eine gesellschaftliche Bewegung, die entsprechenden Druck ausüben würde.

Reformpolitische Initiative der Gesellschaft

Tatsächlich setzte sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre allmählich ein Bewußtsein davon durch, daß die Gesellschaft selbst als politisches Subjekt in die Geschicke des Landes eingreifen müsse, weil sich die politische Führung zu verantwortlichem Handeln zunehmend unfähig zeigte. Schien es zunächst, als beschäftigten solche Überlegungen nur relativ kleine Kreise, so erwies sich ihre Attraktivität für weitere gesellschaftliche Gruppen im Sommer 1980, als die Arbeiter auf den Versuch einer Austerität-Lösung der Wirtschaftsprobleme mit Streiks antworteten. Angesichts der katastrophalen Krisenausmaße erlangte diese Arbeiterbewegung ungeahnt schnell die Züge einer sozialrevolutionären Bewegung. Nicht allein Giersek und seine Mannschaft, sondern das gesamte System hatte in den Augen der Gesellschaft so gründlich versagt, daß seine prinzipielle Umgestaltung unumgänglich und lediglich Form und Ausmaß diskutierbar zu sein schienen. Anscheinend akzeptierte das auch die Parteiführung als sie die Abkommen von Gdansk, Szczecin und Jastrzebie mit den streikenden Arbeitern aushandelte und in dem unterzeichneten »Gesellschaftsvertrag«, wie man ihn seiner Bedeutung gemäß bald nannte, allgemeine Zusagen für umfassende Reformmaßnahmen im politischen und wirtschaftlichem Bereich abgab.

Die von ihr offiziell anerkannte, authentische Interessenvertretung der Werktätigen wuchs schnell zur allgemeingesellschaftlichen Repräsentativorganisation heran und wurde damit zu einer das Machtmonopol der Nomenklatura faktisch außer Kraft setzenden Gegenmacht, obgleich sie sich nicht als Machtkonkurrent der PVAP gerierte, sondern das Prinzip der »sich selbst beschränkenden Revolution« gemäß einem realpolitisch-pragmatischen Kurs zu verfolgen suchte, der den geopolitischen Verhältnissen Rechnung trug. Die »Solidarnosc« verzichtete darauf, eigene umfassende politische Programme und Reformkonzepte vorzulegen, erwartete vielmehr von der politischen Führung eine Politik, die die anstehenden Probleme des Landes im Interesse der Werktätigen löste, und sah ihre eigene Aufgabe darin, die Herrschaftsausübung entsprechend zu kontrollieren und gegebenenfalls Korrekturen einzufordern.

Der massive Druck der gesellschaftlichen Bewegung, dem das durch die vielfältigen Krisenerscheinungen schon zuvor schwer erschütterte Herrschaftsgefüge nicht gewachsen war und unter dem es seine Funktionsuntüchtigkeit deutlich bewies, zwang die Machthaber, Reformprogramme anzubieten, die nach und nach den gesellschaftlichen Erwartungen immer weiter angeglichen werden mußten. Kernstück eines umfassenden Reformwerks mußte, das geboten die Umstände, eine grundlegende Wirtschaftsreform sein. Der IX. außerordentliche

Parteitag der PVAP beschloß schließlich im Sommer 1981 ein entsprechendes Programm, das der radikalen Umgestaltung des Wirtschaftssystems ein Fundament geben sollte.⁶ Wegen des vollständigen Versagens des zentralistischen Modells, so wurde darin argumentiert, müsse ein neues System geschaffen werden, das die zentrale Planung der Volkswirtschaft primär über Marktmechanismen umsetze. Die staatlichen Unternehmen sollten als ökonomische Subjekte in ihrer Wirtschaftstätigkeit ganz selbständig sein, auch in finanzieller Hinsicht, d.h. sie sollten auf die Erzielung von Gewinn, auf kostendeckende Produktion angewiesen sein und geschlossen werden, wenn Rentabilität nicht hergestellt werden könnte. Die Belegschafts-Selbstverwaltung sollte eine wichtige Rolle im Betrieb übernehmen. Das System der imperativen direktiven und der obligatorischen Güterzuteilung sollte weitestgehend beschränkt, die Funktionsmechanismen der Wirtschaft primär nach ökonomischen Gesetzen ausgerichtet und von der Planerstellung bis zum Endverbrauch von Konsumgütern vollständig »vergesellschaftet«, d.h. gesellschaftlicher Mitwirkung und Kontrolle unterworfen werden. Diese gemessen an früheren Reformdeklarationen sehr weitgehende Absichtserklärung der politischen Führung offenbarte bei genauerer Analyse, ähnlich wie ihre Entsprechungen im politischen Bereich, die entschiedene Tendenz, die Reformproblematik auf technisch-organisatorische Fragen zu beschränken und die entscheidenden politischen Fragen auszublenden. Nach den Erfahrungen mit früheren Reformansätzen und aufgrund der Systemanalysen war aber klar, daß eine grundlegende Umgestaltung des politischen und ökonomischen Systems nicht allein vom guten Willen der Parteiführung abhängig gemacht werden konnte. Wollte man tatsächlich die entsprechend dem zentralistischen Modell strikt ihrem Machtmonopol unterstellte Wirtschaft autonomisieren und demokratisieren, so würde ein Grundpfeiler des Machtmonopols, die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, vergesellschaftet und damit das Machtmonopol durchbrochen. Im Zuge einer solchen prinzipiellen Systemänderung müßten auch die bürokratischen Apparate der Wirtschaftsverwaltung, die staatlichen wie die parallelen Parteiinstanzen, mit ihren -zigtausend hochprivilegierten Beschäftigten entmachtet und neuer Verwendung zugeführt werden. Es war kaum vorstellbar, daß sich dies anders durchsetzen, zielgerichtet ausbauen und dauerhaft sichern ließ als mit Hilfe der gegen die Nomenklatura stehenden Macht authentischer und unabhängiger gesellschaftlicher Interessenvertretungen, die als fester Bestandteil in eine neue politische Ordnung einzubauen waren. Daran zweifelte die Mehrheit der ca. 10 Millionen Mitglieder der »Solidarnosc« nicht, die die unabhängige Gewerkschaft als eigentlichen und einzigen (neben den anderen 1980/81 entstandenen unabhängigen gesellschaftlichen Organisationen wie Bauerngewerkschaft, Journalistenverband usw.) Garanten der »Erneuerung« ansah. Die Parteiführung weckte durch ihr Verhalten auch kaum Vertrauen in ihren Reformwillen. Äußerst unwillig ging sie in der Praxis an Veränderungen heran, ließ sich immer wieder nur durch Druck Zugeständnisse abringen und setzte ihre eigenen programmatischen Deklarationen immer zögernder und höchst unzureichend in die Realität um. Das verstärkte in der zweiten Hälfte des Jahres 1981 die Skepsis der Bevölkerung, schien es doch die weit verbreitete Ansicht von der grundsätzlichen Nichtreformierbarkeit des Realsozialismus zu bestätigen, und trug zur Radikalisierung der Gesellschaft bei.

Wiederherstellung des Machtmonopols und Reform »von oben«

Am 13. Dezember 1981 verhängten die Machthaber den Kriegszustand, um die gesellschaftliche Bewegung auszuschalten und die Kontrolle über das ins Wanken geratene Herrschaftsgefüge zurückzugewinnen, d.h. ihr Machtmonopol wiederherzustellen. Sie distanzieren sich allerdings keineswegs von den zuvor verkündeten Reformabsichten, restaurierten auch nicht sogleich das zentralistische Modell der Wirtschaftslenkung und wandten Repressivmaßnahmen relativ maßvoll an. Zugleich deklarierten sie ihre Entschlossenheit, den »Erneuerungsprozeß« in jeder Hinsicht fortzusetzen. Auf die aktive Mitwirkung oder auch nur die Akzeptanz der Bevölkerungsmehrheit konnten sie dabei allerdings nicht mehr hoffen. Die Gesellschaft war durch den Kriegszustand schwer schockiert, ihrerseits aller Hoffnungen beraubt, maßgeblichen Einfluß auf die Ebene der politischen Entscheidungen ausüben zu können; sie fühlte sich wieder gänzlich zum Objekt der Politik degradiert und war nicht bereit, den Machthabern, die auf solch gewaltsame Weise die im Sommer 1980 getroffenen Vereinbarungen gebrochen hatten, in irgendeiner Hinsicht Vertrauen entgegenzubringen.

Die bedeutendsten Errungenschaften des »Polnischen Sommers« wurden nun sogleich – vorübergehend, wie es amtlich hieß – beseitigt: das Koalitionsrecht, die Meinungs- und Pressefreiheit und das Streikrecht. Die drakonischen Verfügungen des Kriegszustandes, die Androhung schwerster Strafen für Verstöße gegen die Arbeitspflicht und bei Gehorsamsverweigerung in der Produktion, das Versammlungsverbot, das Verbot der Herstellung und Verbreitung von Druckerzeugnissen u.a.m., besonders aber die Suspendierung jeglicher Tätigkeit der Gewerkschaften und der anderen gesellschaftlichen Organisationen sowie die Internierung Tausender aktiver Gewerkschafter schwächte den Widerstand der Gesellschaft gegen Entrechtung und Verschlechterung der sozialen und materiellen Lage. So konnten denn Anfang 1982 drastische Preiserhöhungen durchgesetzt werden, die als notwendige Reformmaßnahme deklariert wurden. Die Anhebung der Preise, die Veränderung der Preisstruktur und die Umgestaltung des Preissystems – neben die staatlich festgesetzten »amtlichen Preise« traten nun die staatlich beeinflussten »regulierten« und die von den Unternehmen frei festzusetzenden »Vertragspreise« –, sollten dazu beitragen, das unausgewogene Verhältnis zwischen Kaufkraft und viel zu geringem Warenangebot einem Gleichgewichtszustand anzunähern. Zum vorrangigen Ziel der Wirtschaftspolitik wurde die Überwindung der eklatantesten wirtschaftlichen Schwierigkeiten erklärt; vor allem sollte zunächst der Rückgang der Produktion aufgehalten werden. Danach erst wollte man die eigentliche Reform in Angriff nehmen und das Wirtschaftssystem strukturell mit dem Ziel umgestalten, die ökonomische Effektivität zu verbessern, das wirtschaftliche Gleichgewicht herzustellen und sicherzustellen, daß der Lebensstandard in jeder Hinsicht (Konsumgüterangebot, Realeinkommen, Wohnungsbau, Dienstleistungen usw.) angehoben und im Handel mit den kapitalistischen Staaten ein Überschuß erzielt werden könnte. Solche Absichtserklärungen blieben aber allzu vage, ihr voluntaristischer Charakter war zu deutlich, als daß die Gesellschaft Zutrauen zur Wirtschaftspolitik der Regierung Jaruzelski hätte fassen können.

Tabelle 2: Zur Entwicklung der Produktivkräfte in der Krise 1979-1987

Produziertes Nationaleinkommen in Jahreswachstumsraten / %:								
1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
-2,3	-6,0	-12,1	-5,5	6,0	5,6	3,4	5,0	3,1 (1.Jahresh.)
im Vergleich zu 1978 = 100:								
97,7	91,9	80,7	74,3	81,1	85,6	88,5	(keine verlässlichen Angaben zu ermitteln)	

(die westlichen Angaben für die Daten seit 1983 weichen von den offiziellen polnischen z.T. erheblich ab)

Quelle: siehe Tab. 1

Zunächst schien es, als könnten die eingeleiteten Maßnahmen den angestrebten Erfolg herbeiführen: Der Rückgang der Produktion konnte 1982 erstmals gebremst werden (produziertes Volkseinkommen: -7,99 % gegenüber -12,11 % 1981), und 1983 wurde erstmals seit 1978 wieder eine positive Wachstumsrate erzielt (produziertes Volkseinkommen 2,39 % gegenüber 3,0 % 1978 und -2,29 % 1979). Diese Ergebnisse relativieren sich allerdings dadurch, daß sie vom katastrophalen Tiefstand der Wirtschaftskrise 1981 her zu sehen sind: 1983 jedenfalls erreichte das produzierte Nationaleinkommen gerade 76 % des Standes von 1978. Die positive Entwicklung des Wirtschaftswachstums hielt auch noch 1984 an.⁸ Erzielt jedoch wurde die Produktionssteigerung in erster Linie mit Mitteln, die den Reformprinzipien widersprachen, die vielmehr typisch sind für das zentralistische Modell: durch den Einsatz extensiver Faktoren, also die Erhöhung der input-Quantität, vor allem durch Arbeitszeitverlängerung, Umstrukturierung des Imports, d.h. Verringerung des Konsumgüter- und Erhöhung des Rohstoff- und Materialanteils, und Ausschöpfung vorhandener Reserven. Die Arbeits- und Kapitalproduktivität konnte dagegen nicht in ausreichendem Maße gesteigert werden. Die Wirtschaftspolitik legte der Bevölkerung hohe Kosten auf: Die Lebenshaltungskosten stiegen 1982 um 100,2 %, das Realeinkommen sank zugleich um 19 % (1983: 30,19 % bzw. -1,08 %).

Tabelle 3: Lebenshaltungskosten in Jahreswachstumsraten / %:

1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987 (1. Halbj.)
6,7	9,1	24,4	101,5	23,1	15,7	14,4	18,0	ca. 19,0
durchschnittl. monatl. Nominallohn in Jahreswachstumsraten / %:								
2,2	3,9	2,3	-24,9	1,1	0,5	3,8	2,0	—
Reallohntwicklung im Vergl. zu 1978 = 100								
1983	1984	1985						
82,5	82,9	86,1						

Quelle: siehe Tab. 1

Etwa ein Drittel der Bevölkerung wurde unter die Armutsgrenze gedrückt. Vor allem Rentner, ungelernete Arbeitskräfte und weibliche Beschäftigte (in erster Linie in den von der Wirtschaftsverwaltung als weniger bedeutend eingeschätzter Branchen wie Textilindustrie bzw. insgesamt

Konsumgüterindustrie) sowie die in intellektuellen Berufen Tätigen wurden von der Einkommensentwicklung geradezu abgehängt. Die Konsumgüterversorgung blieb quantitativ wie zunehmend auch qualitativ äußerst mangelhaft. Die strenge Reglementierung der Verteilung, die Rationalisierung mit Hilfe eines eine große Warenpalette umfassenden Kartensystems konnte das Güterangebot nicht auf die Höhe der Nachfrage bringen; allerdings konnte Anfang 1982 die Nachfrage durch eine drastische Kaufkraftabsenkung dem Angebot relativ angenähert werden. In den einkommensschwächeren Gruppen reichte das Geld bald nicht mehr, um das zu kaufen, was jederman laut Karte zustand. In der zweiten Jahreshälfte 1982 verschob sich das weiterbestehende Marktgleichgewicht erneut. Die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage vergrößerte sich wieder schnell – weil die Machthaber aus politischen und ökonomischen Gründen gezwungen waren, umfangreiche Lohnerhöhungen zuzugestehen. Materielle Anreize sollten zur Ruhigstellung der dem Regime besonders gefährlich erscheinenden Gruppen beitragen, u.a. zur »Befriedigung« der Arbeiterschaft der Großbetriebe. Außerdem bedurfte es neben Zwangsmitteln, die durch den Kriegszustand legitimiert wurden, einiger materieller Anreize, um die wenig motivierten Werk tätigen zu Mehrarbeit zu bewegen, denn die Arbeitszeitverlängerung wurde als einer der wichtigsten Faktoren zur Produktionssteigerung eingesetzt.

Reformwirklichkeit im Widerspruch zum Geist der Reform

Angesichts der Unterdrückung der gesellschaftlichen Bewegung bezweifelte eine Mehrheit des polnischen Volkes den ernsthaften Reformwillen der Parteiführung. Das Ansehen von PVAP und Regierung war schon während der Solidarnosc-Zeit kontinuierlich immer weiter gesunken⁹ und erreichte nun einen Tiefpunkt. Allgemein war die Einschätzung verbreitet, daß die deklarierte Fortsetzung der Erneuerung unter den gegebenen Umständen nur zur Täuschung der Öffentlichkeit diene, daß Reformmaßnahmen allenfalls taktische Manöver seien, daß im Grunde aber lediglich der erneute Versuch unternommen würde, nach Austerity-Muster die ökonomischen Probleme, die ihre Ursachen im Wirtschaftssystem haben, auf Kosten der Bevölkerung zu bereinigen, um im Erfolgsfalle das Konzept zur grundlegenden Umgestaltung des Wirtschaftssystems als überflüssig ad acta zu legen. Das Vorgehen der Machthaber schien diese Einschätzung in jeder Hinsicht zu bestätigen. So wurden seit Anfang 1982, gemäß dem im ursprünglichen Reformkonzept von Partei und Regierung vorgesehenen Terminplan, wichtige Reformgesetze erlassen, die unter dem Signum der drei »S« das Fundament des neuen Wirtschaftssystems bilden sollten: die Gesetze über die Selbständigkeit der staatlichen Unternehmen, ihre Selbstfinanzierung und die Selbstverwaltung der Beschäftigten. Sie wurden jedoch durch verschiedene mit dem Kriegszustand und der katastrophalen Wirtschaftslage gerechtfertigte Sonderregelungen so weitgehend eingeschränkt, daß sie praktisch zeitgleich mit ihrer Verkündung wieder aufgehoben wurden. Gänzlich suspendiert wurde für die Dauer des Kriegszustandes die Beschäftigten-Selbstverwaltung, stark eingeschränkt die Unternehmens-Selbständigkeit. Die wichtigsten Wirtschaftszweige waren ohnehin unter Militärrecht gestellt und funktionierten nach Art der Kriegswirtschaft.

Dieses Verfahren der Reformeinführung widersprach ebenso wie zahlreiche einzelne reform-

gesetzliche Bestimmungen dem »Geist der Reform«, der in öffentlichen Erklärungen so viel beschworen wurde und wird. Reformiert wurde jetzt faktisch ohne jede Mitwirkung der Gesellschaft, ausschließlich durch Anordnung von oben; die Durchführung lag allein in der Hand der Parteiführung bzw. der bürokratischen Apparate, auf die sie sich nach ihrer Kriegserklärung an die gesellschaftliche Bewegung notgedrungen stützen mußte. Das Paket der Reformgesetze, das erstmals in der Geschichte der Volksrepublik der Wirtschaft den Rahmen einer umfassenden gesetzlichen Regelung abgeben, ihren Strukturen und Funktionsmechanismen eine sichere rechtliche Grundlage schaffen sollte, wurde auseinandergenommen. Einzelne kleine »Päckchen« wurden nach und nach in Gesetzesform überführt, dabei aber gegenüber den früheren Entwürfen teilweise so stark verändert, daß sie einen deutlichen Rückschritt von den Reformprinzipien darstellten. Wichtige Bestandteile des Gesamtpaketes der ursprünglich vorgesehenen Reformmaßnahmen, das die Reformbefürworter nahezu einhellig nur als Komplex eingeführt für sinnvoll erachten, wurden gänzlich »vergessen« – vor allem die im Reformkonzept von Parteiführung und Regierung als vorrangig erachtete gesetzliche Regelung der neuen Organisationsstrukturen, Funktionen, Tätigkeitsbereiche und Kompetenzen der zentralen Organe der staatlichen Wirtschaftsverwaltung.¹⁰

Fatale Auswirkungen auf die Umsetzung der Reformgesetze in die Praxis hatte das Festhalten an zentralistischen Methoden der Wirtschaftslenkung und -verwaltung und an zentralistischen Strukturen. Schon im ursprünglichen Reformkonzept von 1981 war dies als Übergangslösung – gerechtfertigt mit der katastrophalen ökonomischen Lage – vorgesehen gewesen. Solche Pläne hatten damals viele Ökonomen und die Solidarnosc als inkonsequent und reformwidrig kritisiert. Im Kriegszustand gingen die Machthaber jedoch noch wesentlich weiter und dekretierten, daß ein Großteil der Wirtschaftsprozesse, ungeachtet der Reformgesetze, weiterhin administrativ zu regeln sei. Über sog. Operativprogramme und Regierungsaufträge sollte die Produktion als besonders wichtig erachteter Güter mit Hilfe verbindlicher Anweisungen und prioritärer Zuteilung von Produktionsmitteln systematisch gefördert und damit zumindest in Fällen akuten Mangels die Regelung des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage (im Distributions- wie im Produktionsbereich) nicht dem Wirken von Marktmechanismen überlassen werden. Das Problem des Ungleichgewichts auf den Gütermärkten aber ist dem zentralistischen Modell immanent¹¹; seine Lösung von zentralistischen Methoden zu erwarten, wäre verfehlt. Tatsächlich war die Prozeßpolitik des Jaruzelski-Regimes, die neben den zuvor genannten »Operativprogrammen« auf administrative Preis- und Lohnregulierung u.ä.m. zurückgriff, auf Dauer kein wirklicher Erfolg beschieden. Das Problem des unzureichenden Güterangebots verschärfte sich seit der zweiten Jahreshälfte 1982, ein auch nur annäherndes Marktgleichgewicht konnte bis heute nicht erreicht werden, im Gegenteil. Nicht anders verlief der Versuch der Inflationsbekämpfung über die Zurücknahme der partiellen Preisfreigabe und die erneute Unterstellung der Einkommensentwicklung unter administrative Regelung. Hohe Defizite des Staatsbudgets, über Geldmengenausweitung finanziert (die Nationalbank blieb der Regierung unterstellt), das sich noch weiter vergrößernde Marktgleichgewicht und der notwendigerweise überproportional zunehmende Einsatz extensiver Faktoren zur Erzielung von Produktionswachstum trugen dazu bei, daß sich die Inflationsrate ständig im zweistelligen Bereich hielt.

Auch andere, für das zentralistische System typische ökonomische Probleme ging man vorrangig mit prozeßpolitischen Mitteln alten Musters an, ohne sie einer Lösung näherbringen zu können, so z.B. die Ineffektivität der Investitionen, die Entwertung des Kapitalstocks («dekaptalizacja») durch mangelhafte Wartung, Instandsetzung und Modernisierung der Produktionsanlagen, die Vergeudung von Rohstoffen, Energie und Materialien bei Produktion, Transport und Lagerung, die schlechte Produktqualität und die geringe Arbeits- und Kapitalproduktivität. Jedenfalls läßt sich feststellen, daß jene Strategie gescheitert ist, die die schlimmsten ökonomischen Schwierigkeiten zunächst mit Hilfe traditioneller Strukturen und Methoden überwinden wollte, um dann die Reform in eine weitgehende gesunde Wirtschaft einzuführen, gescheitert ist. Errichtet wurde ein Mischsystem aus zentralistisch-marktwirtschaftlichen Elementen, das ökonomisch ineffektiv und weitgehend disfunktional ist und letztlich nur eine weitere Verschärfung der katastrophalen Wirtschaftslage verhinderte. Genau genommen hat es die Krise stabilisiert, die Wirtschaft zur Stagnation auf niedrigem Niveau gebracht und auf der anderen Seite bewirkt, daß der Reformprozeß abgestoppt und sogar weitgehend zurückgedreht wurde. Allen scheinbaren Veränderungen zum Trotz blieb im Grunde die Situation wie sie war, auch nachdem die Aufhebung des Kriegszustandes 1983 das tatsächliche Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Regelungen ermöglichte: Die Unternehmen handeln nicht als autonome Wirtschaftssubjekte; sie stehen nicht unter ökonomischem Zwang, die Effektivität ihrer Tätigkeit zu erhöhen, rentabel zu wirtschaften; der Markt, an dem sie sich orientieren sollten, existiert nicht. Sie sind weiterhin ausführende Organe der übergeordneten Verwaltungsbehörden. Von deren Wohlwollen sind sie abhängig, wenn es um ihre Versorgung mit Rohstoffen, Materialien, Investitionsmitteln oder Devisen geht. Von den Behörden wird auch bestimmt, wie die Ergebnisse der Tätigkeit der Unternehmen ausfallen, denn die Betriebsausgaben für Produktionsmittel werden nicht durch den Markt, sondern ebenso wie die Kreditbedingungen, die Gewinnsteuersätze oder die Höhe der Lohnsummenerhöhungsabgaben von der Wirtschaftsverwaltung festgelegt. Die 1981 zahlenmäßig und in ihrer Personalstärke etwas reduzierten Branchenministerien arbeiten weiterhin auf alte Weise, erfüllen also nicht strategische, sondern primär operative Aufgaben und zwar über Eingriffe in den Produktionsprozeß, die die Autonomie der Unternehmen verletzen. Sie funktionieren auch weiterhin als Hort der sog. Branchenlobbies, die die engeren Interessen des Industriezweiges bzw. der jeweiligen persönlichen »Seilschaft« auf Kosten der Volkswirtschaft durchsetzen und z.B. dafür sorgen, daß die offensichtlich verfehlte und immer wieder öffentlich heftig verurteilte Investitionspolitik der Gierk-Ära grundsätzlich unverändert fortgeführt wird. So entfielen 1984 74% der realisierten Investitionen in der Industrie auf die Bereiche Rohstoffgewinnung und Grundverarbeitung, lediglich 10% hingegen auf die Konsumgüterindustrie. Dies verhindert, daß der verhängnisvolle Kreislauf der »Produktion für die Produktion« durchbrochen wird. Warnend hieß es im Hinblick auf diese Fakten 1985 in einer der bedeutendsten wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschriften Polens:

»Diese krisenerzeugende Investitionsstruktur führt zur Aufrechterhaltung der Produktionsstruktur vom Ende der 70er Jahre, die sich durch niedrige Effektivität und hohen Materialverbrauch auszeichnete und ein entsprechendes Exportniveau zu garantieren nicht in der Lage war«¹².

Auch die im Zuge der Reform aufgelösten Industrievereinigungen (zjednoczenia), die mittlere

Ebene der Wirtschaftsverwaltung, sind unter neuem Namen (zrzeszenia) wiedererstand und arbeiten mit weitgehend dem gleichen Personal und der gleichen Funktionsweise weiter. Die Unternehmen sind jetzt nicht mehr in jedem Fall zur Mitgliedschaft zwangsverpflichtet; da aber die »Zusammenschlüsse« ähnlich wie im rein zentralistischen Modell auch im Mischsystem (auch »indirekt zentralistisches System« genannt) die wichtige Funktion eines Mittlers zwischen Unternehmen und Zentralbehörden erfüllen, sehen die Unternehmensleitungen sie notgedrungen als unvermeidliche Interessenvertretungen an. Die »Zusammenschlüsse« wurden geradezu zur institutionellen Basis der Aufrechterhaltung des traditionellen Funktionssystems der Wirtschaft.¹³

Reformrhetorik und Stagnation statt Problemlösung durch wirkliche Reform

Die hier zusammengefaßte Einschätzung der wirtschaftlichen und der reformpolitischen Situation Polens findet sich nicht allein in im Westen publizierten Analysen¹⁴ oder in Stellungnahmen der polnischen Opposition¹⁵ sondern relativ offen und ausführlich belegt auch in den offiziellen polnischen Medien. Ausgespart werden darin allerdings die politischen, das realsozialistische System als Gesamtkomplex betreffenden Hintergründe. Die Zensur läßt hier einen Spielraum, der selbst über das früher schon in Polen übliche Maß an Offenheit weit hinausgeht. Diese Transparenz, diese Freiheit der Diskussion ist eine wichtige vom »Polnischen Sommer« erhalten gebliebene Errungenschaft und stellt ein mögliches Korrektiv zu den restaurativen Tendenzen dar, die seit dem 13.12.1981 allenthalben hervortreten. Insgesamt schält sich in der Diskussion als Mehrheitsauffassung der Wirtschaftswissenschaftler heraus, daß die Reform tatsächlich noch gar nicht oder nur höchst unvollkommen realisiert wurde, angesichts der ökonomischen Lage Polens und seiner Zukunftsperspektiven aber dringender als zu fordern ist.¹⁶ Daß die Situation in den Unternehmen ebenso eingeschätzt wird, haben verschiedene Umfragen unter den leitenden Kadern in den Betrieben ergeben.¹⁷ In einem Bericht der Polnischen Akademie der Wissenschaften von 1985 hieß es u.a.,

»Die Mechanismen der gegenwärtig realisierten Wirtschaftsreform sind nicht in der Lage, die vom gesellschaftlichen wie vom ökonomischen Standpunkt her erforderlichen strukturellen Veränderungen in unserer Volkswirtschaft herbeizuführen«.

Der bekannte Breslauer Ökonom Prof. Kaleta forderte im März 1985 in einem von der Zensur unterdrückten Artikel die Regierung dringend zu einer fundamentalen wirtschaftspolitischen Kehrtwende auf, da der zentralistische Weg zur Lösung der ökonomischen Probleme gänzlich ungeeignet sei und erneut eine schwere politisch-soziale Krise nach dem Muster von 1956, 1970 und 1980 heraufbeschwören müsse.¹⁸ Auch in den offiziellen wissenschaftlichen Beratungsgremien der Regierung überwogen die kritischen Stimmen eindeutig.¹⁹

Demgegenüber gewannen in der Parteiführung anscheinend zunächst die Reformgegner Oberwasser. Offenbar ermutigt durch die sicherlich nicht der Reform zuzuschreibenden ökonomischen Erfolge der Jahre 1983 und 1984 wurde die Reformpolitik selbst im Zentralkomitee heftig angegriffen, wobei man z.B. argumentierte, der Staat müsse, um seine Fürsorgepflicht gegenüber der Gesellschaft zu erfüllen, die Kontrolle über die Wirtschaft unbedingt in

der Hand behalten. Andere forderten, es dürfe nicht unreflektiert an Lösungen festgehalten werden, die in der Periode der »Konterrevolution« 1980/81 entwickelt worden seien.²⁰ Restaurative Tendenzen kamen auf der Posener Parteikonferenz, auf der im Frühsommer 1985 der Komplex der Wirtschaftsfragen erörtert wurde, wie auch auf dem X. Parteitag der PVAP im Sommer 1986 deutlich zum Ausdruck.²¹ Man bekannte sich verbal zur Reformpolitik, zu der es, wie es hieß, keine Alternative gebe und die man konsequent fortzusetzen gedenke. Deutlicher als früher aber trat die Absicht hervor, den »Kurs der Erneuerung« in streng technokratischer Weise zu beschränken. So stellte man die Wirtschaftsreform als ein Mittel von mehreren dar, die eingesetzt werden sollten, um das Hauptziel, die Steigerung der Effektivität der Wirtschaft, zu erreichen. Die direktiven Methoden der Wirtschaftslenkung und die anderen Relikte des zentralistischen Modells erfuhren von seiten der Parteiführung demonstrative Wertschätzung; programmatisch verkündete man ihre verstärkte Anwendung, die Stärkung der Zentralbehörden und ihres Einflusses auf Planung, Lenkung und Kontrolle der Wirtschaft. Unverkennbar war dabei eine Neigung, die Wirtschaftspolitik oder die »Steuerung von Hand«, wie man in Polen sagt, als Ersatz für die nicht funktionierende Selbststeuerung der Wirtschaft, für die nichtexistenten Märkte einzusetzen. Das zeigte sich auch darin, daß man den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, der der Effektivitätssteigerung die entscheidenden Impulse geben soll, als Aufgabe behandelte, die es unter verstärkter Zentralisierung der entsprechenden Strukturen in Staatsregie voranzutreiben und administrativ den Unternehmen zu verordnen gelte.

Diese Politik ist insofern in sich widersprüchlich, als doch die Unfähigkeit zur Innovation ein charakteristischer Grundzug des zentralistischen Modells ist. Polens Wirtschaft muß, so betonte die Parteiführung auch bei Gelegenheit des Parteitages, die Phase des extensiven Wachstums überwinden und durch grundlegende Modernisierung zu intensiver Entwicklung gebracht werden. Anders scheint es nicht möglich, die Krise zu meistern und durch Erzielung möglichst hoher Produktionszuwachsrate Anfang der 90er Jahre wieder das Wirtschaftsniveau des letzten Vorkrisenjahres 1978 zu erreichen, wie es die Pläne vorsehen. Modernisierung und intensives Wachstum hatte auch Giereks Politik schon angestrebt und war dabei am zentralistischen System gescheitert, dessen Strukturen unangetastet blieben. Diese Erfahrung übt starken Druck in Richtung Reformen aus. Zudem ist Polen zur grundlegenden Modernisierung seiner Wirtschaft auf Hilfe von außen angewiesen. Die Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe aber verfügen weder über das technologische Niveau noch über die Kapazitäten, um Polen entscheidend voranzubringen zu können. Gemäß den Erkenntnissen westlicher Ökonomen setzt die politische Führung Polens folglich vorrangig auf enge Handelsbeziehungen mit den kapitalistischen Staaten.²² So propagierte sie auch anläßlich des X. Parteitages die Orientierung der Wirtschaft auf den Export und die Öffnung zum Weltmarkt. Langfristig peilt sie die Konvertibilität des Zloty an und versucht zugleich, ihre westlichen Gläubiger davon zu überzeugen, daß ohne neue Kredite, die eine konkurrenzfähige Exportgüterproduktion in Polen aufbauen helfen, an eine Rückzahlung der mehr als 30 Milliarden Dollar betragenden polnischen Schulden gegenüber den Hartwährungsländern nicht zu denken ist. Auf dieser Linie liegt auch die Zusammenarbeit mit Weltwährungsfonds und Weltbank.²³

Ohne prinzipielle Umgestaltung des Wirtschaftssystems, ohne strukturelle und organisatorische Anpassung an die Erfordernisse des Weltmarktes aber sind Erfolge einer solchen Politik nicht zu erwarten.

Von der Wirtschaftsentwicklung her verstärkte sich in letzter Zeit der Druck in Richtung Reformen, denn die Wirtschaftsdaten bestätigen immer deutlicher, worauf Ökonomen seit langem hinwiesen: Das Mischsystem mit seiner Tendenz zum wachsenden Einsatz zentralistischer Lenkungsmethoden ist ökonomisch ineffektiv und tatsächlich ungeeignet, die Wirtschaftsprobleme der schweren Krise zu lösen.

1985 ging der Zuwachs des produzierten Nationaleinkommens auf 3% (1984: 6%) zurück. Ganz offenkundig war die polnische Wirtschaft in eine Rezession geraten, wobei sich Krisenerscheinungen wie Inflation, Ungleichgewichte auf dem Konsum und Investitionsgütermarkt, Verfall der Produktionsanlagen, Verschlechterung der Produktqualität und des Dienstleistungsniveaus, zunehmender Devisenmangel durch Rückgang des Exports (was Importkürzungen erforderte, die sich wiederum negativ, und zwar überproportional, auf das Produktionswachstum auswirkten) gegenseitig verstärkten. Ergebnisse von Umfragen wiesen darauf hin, daß die Bevölkerung sensibel auf die Entwicklung reagierte.²⁴ Mehrheitlich unterstützt wurden offensichtlich zwar die Grundprinzipien der Reform, weniger Zustimmung als je zuvor aber fand die konkrete Reformpolitik der Regierung, der im Juli 1987 kaum 10% der Polen Aussicht auf Erfolg zubilligten. In verschiedenen Befragungen erklärten 55-87%, daß sie keine Möglichkeit sehen, selbst in irgendeiner Weise auf die Politik bzw. die Entwicklung allgemein einzuwirken. Zwischen März und Dezember 1986 sank die Zahl derer, die mit einer Verbesserung der materiellen Situation rechneten von 22 auf 11%; zwischen Dezember 1985 und Dezember 1986 wuchs die Zahl derer, die die ökonomische Lage als "schlecht" bzw. "sehr schlecht" einschätzten von 38,2 auf 58,5%.

Reformpolitischer Neuansatz 1987 – Kein Konzept zur Überwindung des Konservatismus

Schließlich sah sich auch die politische Führung zur Korrektur ihres Kurses veranlaßt. »Die bisherige Kompromißpolitik hat keine guten Ergebnisse gezeitigt«, bekannte der der Regierung nahestehende Ökonom und Publizist Jerzy Kleer, man habe die Erfahrung gemacht, »daß allzu begrenzte Änderungen im Wirtschaftssystem, die sich noch dazu in die Länge ziehen, nicht nur wenig wirksam sind, sondern auch die Wirtschaft in eine unerwünschte Richtung führen«.²⁵ Die offizielle Begründung für die politische Wende lautete aber anders. So wies Ministerpräsident Messner im April 1987 vor dem Sejm darauf hin, durch die bisherige Politik habe man nun eine bessere Ausgangsposition erreicht, und deshalb »entscheiden wir uns für tieferegreifende Reformlösungen, um die gestellten Ziele – Effektivität, Umstrukturierung und Modernität – zu erreichen«.²⁶

Das Konzept zur Beschleunigung der Reformen, die von der Wirtschaftsreformkommission als Diskussionsvorschläge ausgearbeiteten »Thesen zur II. Etappe der Wirtschaftsreform« werden seit ihrer Veröffentlichung im April 1987 in den Medien breit erörtert. Insgesamt vermitteln sie

einen etwas diffusen und voluntaristischen Eindruck, was auch häufig kritisiert wird. Im einzelnen sind folgenden programmatische Schwerpunkte zu erkennen:

- schnelle Ersetzung der vom zentralistischen Modell übernommenen administrativen durch ökonomische Lenkungsmechanismen;
- unter Ausrichtung auf Marktmechanismen schnelle Herstellung des Gleichgewichts auf den Gütermärkten und gründliche Umgestaltung des Preissystems;
- prinzipielle Veränderung der Investitionspolitik;
- radikale Einschränkung der staatlichen Subventionen und Sanierung des Staatshaushalts;
- Verbesserung der Funktionen ökonomischer Parameter;
- Brechung der ökonomischen Monopole durch Differenzierung und Flexibilisierung der organisatorischen Strukturen der Wirtschaft und Herstellung von Konkurrenz;
- Stärkung der Selbstständigkeit der Unternehmen und ihrer Selbstfinanzierung bis hin zu obligatorischen Konkursverfahren, wenn Rentabilität nicht erreicht werden kann;
- Umbau des »Zentrums« mit dem Ziel, die Zentralbehörden der Wirtschaftsplanung und -lenkung auf strategische Aufgaben zu beschränken;
- starke Reduzierung der Verwaltungsapparate der Branchenstrukturen;
- Umbau des Bankensystems, um dem Geld eine aktive Rolle bei der Lenkung der Wirtschaftsprozesse zu schaffen und einen Kapitalmarkt aufzubauen;
- Wiederherstellung der Genossenschaften als authentische und wirklich selbständige ökonomische Einheiten;
- Erweiterung des Spielraums für Privatinitiativen.

Zusammengefaßt ergibt sich, daß das bestehende Mischsystem schnell überwunden und ein dezentral-marktorientiertes System errichtet werden soll. In mancher Hinsicht gehen die »Thesen« hier sogar über das ursprüngliche Reformkonzept der Regierung, auf das sie sich wiederholt berufen, noch hinaus. Im Grunde aber stellen sie den Versuch dar, noch einmal von vorn beginnend endlich die notwendige grundlegende Umgestaltung des Wirtschaftssystems in Angriff zu nehmen. In den »Thesen« ist allerdings nicht die Rede von sozial-emanzipatorischen Impulsen und von politischen Veränderungen im weiteren Systembereich. Diese aber sind faktisch von einer Wirtschaftsreform so prinzipiellen Zuschnitts gar nicht zu trennen. Interessant ist aber, daß die »Thesen« überhaupt so eindeutig auf das ursprüngliche Reformkonzept Bezug nehmen, war doch in den vergangenen Jahren die Solidarnosc-Zeit als Ausgangspunkt der polnischen Reformpolitik kein Thema mehr. In den öffentlichen Deklarationen der Parteiführung erschien die Reformpolitik vielmehr als Teil der allgemeinen Veränderungsprozesse in den sozialistischen Ländern und ganz auf die vom sowjetischen Parteichef Gorbatschow propagierte Politik orientiert.

Die Realisierung des Konzepts der »II. Etappe der Wirtschaftsreform«, die Parteichef Jaruzelski über das Referendum von Ende November formal legitimieren will, bleibt allerdings abzuwarten. Ihr Erfolg hängt wohl in erster Linie vom politischen Kräftespiel in Polen selbst ab. Gegen die Reform stehen, wie im Juli 1987 ein Artikel in der bedeutendsten polnischen Wirtschaftszeitschrift offen erörtert²⁸, die mächtigen Interessengruppen, die, mit den bürokratischen Apparaten verbunden, die Restauration der traditionellen Mechanismen betreiben, um ihre direkte Kontrolle über die Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Diese Konstellation mache,

so der Autor skeptisch, die konsequente Durchsetzung eines dezentral-marktorientierten Wirtschaftssystems eher unwahrscheinlich. Die Neutralisierung dieser Interessengruppen müßte die politische Führung unter sehr ungünstigen Bedingungen vollziehen. Sie vermochte bisher nicht, die aktive Unterstützung auch nur bedeutenderer Teile der Gesellschaft für ihre Reformpolitik zu gewinnen. Vielmehr hat sie die Gesellschaft ihrer authentischen organisatorischen Strukturen beraubt und sie in die Rolle des politischen Objekts zurückversetzt. Die seitdem erfolgten Reformen zielten offenbar alle darauf ab, diesen Zustand zu stabilisieren und auf Dauer abzusichern und das Machtmonopol der Parteiführung unter modifizierter Art und Weise der Herrschaftsausübung aufrechtzuerhalten. Eine systematische Erforschung der öffentlichen Meinung und breit angelegte »Konsultation« der Bevölkerung vor bedeutsamen politischen Entscheidungen soll wirkliche Demokratie, also entscheidende Einwirkung der Gesellschaft auf die Politik und gesellschaftliche Kontrolle der Entscheidungsstrukturen und -träger, substituieren. Ähnlich sind auch die Umbaumaßnahmen in anderen Bereichen des Systems, so im sozialen, im politischen und im Rechtsbereich, angelegt. Damit konnte die gesamte Reformpolitik, weil sie die Grundstrukturen des realsozialistischen Systems unangestastet ließ, in keiner Weise den Erwartungen der Gesellschaft gerecht werden, die im gesellschaftlichen Aufbruch der Solidarnosc-Zeit geweckt wurden. Alle Versuche einer Politik der »Nationalen Verständigung«, wie zuletzt die Amnestie vom September 1986, die die letzten politischen Gefangenen aus den Gefängnissen befreite, sind letztlich daran gescheitert, daß Reformen, die die politische Führung einleitete, nicht weit genug gehen konnten, um die Gesellschaft wirklich zufrieden zu stellen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. z.B. Wladyslaw Baka, *Polska Reforma Gospodarcza* (Die polnische Wirtschaftreform), Warschau 1983², S. 7 bzw. S. 111 u. 114.
- 2 Detaillierter zur inhaltlichen Ausrichtung der verschiedenen Reformkonzepte: Wlodzimierz Brus, *Sozialisierung und politisches System*, Frankfurt/M. 1975, S. 165 f.
- 3 So Wlodzimierz Brus, entschiedener Vertreter des dezentralisierten Modells, schon in den 60er Jahren: ders., *Wirtschaftsplanung*, Frankfurt/M. 1972, S. 54 f.; vgl. auch den bereits 1977 verfaßten, aber bis 1981 von der Zensur mit Publikationsverbot belegten Aufsatz von Stanislaw Albinowski, An den Quellen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, dt. in: *Aktuelle Ostinformationen* (Gesamt-europäisches Studienwerk Vlotho) Nr. 1/2-1982, S.L./38 ff.
- 4 So die Analyse der Gruppe »Erfahrung und Zukunft« (DIP) von 1979, in: Wlodzimierz Brus u.a. (Hrsg.), *Polen, Symptome und Ursachen der politischen Krise*, Hamburg 1981, S. 50-187, darin speziell zur Wirtschaftsproblematik: S. 100-110 bzw. allgemeiner S. 54; vgl. auch Albinowski, a.a.O.
- 5 So in der Expertise der »DIP«-Gruppe, vom Mai 1980, die in der Bibliothek des Osteuropa-Instituts der FU Berlin zugänglich ist; eine dt. Fassung existiert bisher m.W. nicht.
- 6 Eine deutsche Fassung existiert nicht; zit. hier nach Baka, a.a.O., S. 109-198; vgl. Piotr Pysz, *Wirtschaftsreformdiskussion in Polen 1980-1981*, in *Österr. Osthefte* 25. Jg. 1983 H. 3 S. 287-307.
- 7 Zu dieser Periodisierung s. Baka, a.a.O., S. 44 f.
- 8 Vgl. Tabelle im Anhang.

- 9 Vgl. K. Mrela/ J. Zielonka, *The Crisis Problems in Poland Part II (Research Projekt Crisis in Soviet-Type Systems, Study No. 12 a)* Köln 1987, Fig. 6 u. 7, S. 27 f. bzw. Fig. 14 S. 42.
- 10 So Kierunki... Punkt 106, in: Baka a.a.O., S. 164.
- 11 Vgl. Piotr Pysz, die Preisreform 1982, in: Dieter Bingen (Hrsg.) *Polen 1980-1984. Dauerkrise oder Stabilisierung?* (Osteuropa und der internationale Kommunismus Bd. 15) Baden-Baden 1985 S. 331 bzw. 342.
- 12 Jan Szewc, *Dylematy Zmian Strukturalnych (Dilemmata struktureller Veränderungen)*, in: *Zycie Gospodarcze* 14/7.4. 1985; ähnlich auch: Prof. Leszek Zienkowski, in *Polityka* 5/2.2.1985.
- 13 Vgl. Stefan Krajewski/ Mirosław Smusz, *Funkcjonowanie Przedsiębiorstwa w Warunkach Reformy Gospodarczej – refleksje z badan empirycznych (Das Funktionieren der Unternehmen unter den Bedingungen der Wirtschaftsreform - Überlegungen aufgrund von empirischen Untersuchungen)* in: *Gospodarka Planowa* 1/1986 S. 16.
- 14 Vgl. hier neben den bereits zitierten Arbeiten: Adam Tobik, *Ergebnisse der polnischen Wirtschaftsreform (dreijährige Zwischenbilanz)*, in: *Osteuropa-Wirtschaft* 30. Jg. 1985, S. 218-229; Jan Adam, *The Recent Polish Economic Reform and its Results*, in: *Osteuropa-Wirtschaft* 31. Jg. 1986 S. 287-306; Zbigniew Fallenbuchl, *Economic Policy Options of Gierek's Successors in Poland*, in: *Crossroads* Nr. 18/ 1985, S. 67-100 ders., *Polen: Reform oder Stagnation*, in: *Europ. Rundschau* 12. Jg. 1984 S. 125-147; Cezary Jozefiak, *Wirtschaftsreform in Polen auf halbem Wege steckengeblieben*, in: *Europ. Rundschau* 13 Jg. 1985 S. 37-81.
- 15 Vgl. hier z.B. den Bericht in *The Wallstreet Journal* vom 12.4.1985; den *Solidarnosc-Report* »5 Let po Bierpniu« (5 Jahre nach dem August) von 1985 sowie die im April 1987 von Lech Wales, der vorläufigen Koordinierungs-Kommission (TKK) und dem vorläufigen Rat der Solidarnosc unterzeichnete Wirtschaftsanalyse, die vom Brüsseler Koordinations-Büro der Solidarnosc u.d.T. »NSZZ Solidarnosc on Reforming the Polish Economy« veröffentlicht wurde.
- 16 So z.B. Wojciech Hübner/ Dariusz Rosati, *Aktuelle Problemy Systemu Gospodarczego (Aktuelle Probleme des Wirtschaftssystems)* in: *Gospodarka Planowa* 10/1986; eine Diskussion über die Wirtschaftsreform mit führenden Ökonomen und Betriebsdirektoren in *Zycie Gospodarcze* 13/ 31.3. 1985, auf dt. in: *Osteuropa* 1986 H.1 S.A 34-A 42; Irena Dryll, *Trzy »S« w Ustawach i w Zyciu (Die drei »S« in den Gesetzen und in der Realität)*, in: *Zycie Gospodarcze* 18/ 5.5.1985.
- 17 Dyrektorzy o Reformie (Direktoren zur Reform), in: *Polityka* 2/ 12.1.1985; Wanda Karpinska-Mizielinska, *Trzy »S« w Oczach Kadry (Die drei »S« in der Sicht der Kader)*, in: *Zycie Gospodarcze* 20/ 19.5.1985; Zygmund Szeliga, *Czas Dojrzewania (Zeit des Reifens)*, in: *Polityka* 243/ 8.6.1985
- 18 zit. nach AFP-Meldung v. 18.3.1985.
- 19 *So Posiendzenie Komisji do Spraw Reformy (Sitzung der Reformkommission)* in: *Zycie Gospodarcze* 21/ 26.5.1985.
- 20 So z.B. das ZK-Mitglied (1980/81), Aleksander Kopec, Mitglied der Reformkommission, 1975-80 Minister für Maschinenbau, in der unter Anm. 19 belegten Diskussion.
- 21 Zur Posener Konferenz s. *Trybuna Ludu* v. 3.6.1985 sowie *Zycie Warszawy* v. 1./2.6.1985; zum Parteitag s. Piotr Pysz, *Wirtschaftsstrategie nach dem X. Parteitag der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei*, in: *Aktuelle Ostinformationen* Nr. 3/4 - 1986, bes. S. 67 - S. 71; s.a. *Polens Gegenwart* 7/ 8-1986, S. 59-87 sowie S. 126-141.
- 22 So Fallenbuchl, *Economic Policy Options*, a.a.O. S. 94.
- 23 So Piotr Pysz, *Wirtschaftsstrategie*, a.a.O. S. 67 f.; eine Reorientierung des Außenhandels auf den Westen bereits im Laufe des Jahres 1982 weist entgegen der offiziellen Propaganda nach: Jacek Rostowski, *Ponowna Reorientacja na Zachod? (Erneute Orientierung nach Westen?)*, in: *Aneks* 33/ 1984, S. 138-140.
- 24 So Mirosława Marody, *Miedzy Wspolpraca a Odrzuceniem (Zwischen Zusammenarbeit und Ablehnung)*, in: *Polityka* 28/ 11.7.87.
- 25 Jerzy Kleer; *die zweite Etappe der Wirtschaftsreform*, in: *Polens Gegenwart* 4/ 1987, S. 13 bzw. S. 10.
- 26 In: ebd. S. 33.
- 27 Als Sonderbeilage der Regierungszeitung *Rzeczpospolita*.
- 28 Witold Jakobik, *Wszystko Zalezy od Gry Interesow*, in: *Zycie Gospodarcze* 19.7.1987.